

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Cornelia Behm, Ulrike Höfken, Bärbel Höhn, Renate Künast, Fritz Kuhn und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 16/4289 –**

Agrarpolitischer Bericht 2007 der Bundesregierung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Agrarpolitische Bericht 2007 belegt, dass grüne Agrarpolitik für die deutsche Landwirtschaft gut war. Denn Wachstum gibt es dort, wo die grüne Agrarwende angesetzt hat: Die Ertragslage der Öko-Landwirte sowie der konventionellen Qualitätserzeugung verbesserte sich aufgrund der großen Nachfrage nach Bio- und Qualitätsprodukten. Die Bioenergien haben sich für viele Landwirte zu einem zweiten Standbein entwickelt. Der neue Markt der nachwachsenden Rohstoffe verbessert die Marktposition der Landwirtschaft gegenüber den Abnehmern deutlich und gibt Spielraum für die überfälligen Verbesserungen der Erzeugerpreise. Eine Deckung der Vollkosten und der durch die allgemeine Verteuerung gestiegenen Betriebskosten muss endlich möglich werden.

Durch falsche Entscheidungen entzieht die Bundesregierung nun gerade diesen Entwicklungen das Fundament.

Das Biokraftstoffquotengesetz führt dazu, dass sich die Wertschöpfung aus der Biokraftstoffherstellung weg von den mittelständischen Unternehmen in den ländlichen Räumen hin zu den Mineralölkonzernen verlagert. Überdies ist damit zu rechnen, dass der Markt für reine Biokraftstoffe weg bricht und die bestehenden Biodieselpkapazitäten nicht ausgelastet werden können. Seit Jahresbeginn ist die Biodiesel- und Pflanzenölproduktion aufgrund von Absatzschwierigkeiten bereits um 30 bis 40 Prozent eingebrochen. Die Branche befürchtet den massiven Verlust von Arbeitsplätzen, wenn das Gesetz nicht endlich nachgebessert wird.

Die von der schwarz-roten Bundesregierung zu verantwortende drastische Reduzierung der Mittel für die 2. Säule auf EU-, Bundes- und Länderebene gefährdet die Existenz vieler kleiner und mittlerer Betriebe und verschlechtert die Situation in den ländlichen Räumen. Neuer Beleg hierfür sind die aktuellen Berichte über die hohe Abwanderung junger Frauen aus Ostdeutschland. Mit seiner klaren Absage an die Erhöhung der obligatorischen Modulation im Rahmen des Gesundheitschecks der Gemeinsamen Agrarpolitik versagt der Bundes-

minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Horst Seehofer, denjenigen Betrieben Planungssicherheit, die bei ihrer Betriebsentwicklung auf Qualitätsproduktion, Umwelt- und Naturschutz gesetzt haben. Von der ersten Säule profitieren hingegen große Marktfurchtbetriebe mit geringem Arbeitskraftbedarf überproportional. Diese Politik führt zu einer weiteren unverantwortlichen Schwächung des ländlichen Raums.

In allen Bundesländern wurde infolge der von der Bundesregierung betriebenen Mittelkürzungen in der zweiten Säule die Förderung für den ökologischen Landbau drastisch reduziert oder wie in Rheinland-Pfalz auf sehr viel zu niedrigem Niveau beibehalten. Die Öko-Betriebe müssen einen Prämienrückgang bis zu 40 Prozent hinnehmen. Hier steht auch die Bundesregierung in der Verantwortung, die durch ihre Zustimmung zur Absenkung des GAK-Fördersatzes für ökologischen Landbau auf 137 Euro pro Hektar die massiven Kürzungen in den Ländern politisch flankiert hat. Die deutsche Öko-Förderung ist im europäischen Vergleich nicht wettbewerbsfähig. Darum stellen in Deutschland trotz des boomenden Marktes nur wenige Betriebe um, während in unseren Nachbarländern landwirtschaftliche Unternehmen durch gezielte Fördermaßnahmen für den Export nach Deutschland fit gemacht werden. Das verschlechtert die Wettbewerbsposition der deutschen Landwirtschaft massiv.

Sein geringes Interesse für die Öko-Landwirtschaft hat Bundesminister Horst Seehofer auch bewiesen, als er im Dezember letzten Jahres, ohne dass Zeitdruck bestand, den Eckpunkten zu einer Novellierung der EU-Öko-Verordnung zugestimmt hat, obwohl wesentliche Forderungen des Deutschen Bundestages (Bundestagsdrucksache 16/1972) und der deutschen Bio-Branche nicht erfüllt waren. Damit wurde die Chance vertan, die jetzige EU-Öko-Verordnung z. B. durch die Einführung der Gesamtbetriebsumstellung zu verbessern. Im Gegenteil ist eine Verwässerung z. B. in Bezug auf den Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln oder gentechnisch veränderter Zusatzstoffe zu befürchten.

Ein weiterer Schlag gegen die deutsche Qualitätserzeugung ist der Entwurf der Bundesregierung zur Novellierung des Gentechnikgesetzes. Anstatt Marktorientierung zu unterstützen, den Landwirten über eine gesicherte gentechnikfreie Produktion internationale Wettbewerbsvorteile zu bewahren und die Interessen der Verbraucher zu schützen, will Bundesminister Horst Seehofer die Schutzregelungen im bestehenden Gentechnikgesetz zu Lasten der gentechnikfreien Landwirtschaft und zu Gunsten des Profitinteresses einiger weniger Agrarunternehmen wie Monsanto und BASF aufweichen. Dabei konnte auch diese Bundesregierung die Risiken der Agrogentechnik nicht länger ignorieren. Die Grünen hatten wie auch Wissenschaftler und NGOs zahlreiche Gutachten vorgelegt, die die ökologischen, gesundheitlichen und ökonomischen Risiken des GVO-Anbaus belegen. Es ist unverantwortliche Politik, wenn Bundesminister Horst Seehofer zunächst den kommerziellen Anbau von Sorten des gentechnisch veränderten Mais MON810 leichtfertig zulässt und sich dann im April 2007 aufgrund der aufgetretenen Probleme und der Klageerfolge der Imker mit dem Verbot des Verkaufs von MON 810-Saatgut zum Schützer der gentechnikfreien Produktion stilisieren will, wohlwissend, dass für das Jahr 2007 die Saat schon ausgebracht ist.

Sowohl die vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz angedachte Abschaffung des Agrarberichts als auch die von den Regierungsfractionen vorgeschlagene Verlängerung des Berichtszyklusses auf einmal pro Legislaturperiode werden die Agrarpolitik schwächen. Denn der Agrarbericht lenkt einmal jährlich die Aufmerksamkeit von Presse und Öffentlichkeit auf diesen Politikbereich und bietet Politikern und Branche die Gelegenheit, sich mit Grundsatzfragen der Agrarpolitik kritisch auseinanderzusetzen und der Gesellschaft die im Vergleich zu ihrem Anteil am Bruttoinlandsprodukt und an Arbeitsplatzzahlen große Bedeutung von Land-, Forst- und

Fischereiwirtschaft für gesunde Ernährung und Erhalt der Kulturlandschaft in Deutschland darzulegen. In einer Zeit, in der die Bedeutung von Ernährung, Verbraucherschutz, Tierschutz, nachwachsenden Rohstoffen, Landwirtschaft, Forst und Fischerei aufgrund ihrer Bedeutung angesichts des Klimawandels, der Energieversorgung und der wachsenden Nachfrage nach gesunden Lebensmitteln und sauberem Wasser steigt, darf der Agrarbereich nicht durch eine derartige Marginalisierung und Desinteresse geschwächt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Fehlentwicklungen in der Agrarpolitik endlich zu korrigieren und ein schlüssiges Konzept für die Entwicklung des ländlichen Raums samt ausreichender Finanzausstattung für deren Förderung zu entwickeln;
- die landwirtschaftlichen Betriebe, die auf die Erzeugung regionaler Qualitätsprodukte und Diversifizierung setzen, zuverlässig zu unterstützen, und sich darum im Rahmen des Gesundheitschecks der Gemeinsamen Agrarpolitik für eine Erhöhung der obligatorischen Modulation auf 10 Prozent einzusetzen;
- förderpolitische Maßnahmen zu ergreifen, damit mehr deutsche Betriebe die Chancen des Bio-Markts nutzen und auf ökologische Bewirtschaftung umstellen;
- sich auf europäischer Ebene bei der Schlussberatung zur Novellierung der EU-Öko-Verordnung sowie bei den Beratungen zu den Durchführungsbestimmungen dafür einzusetzen, dass die europäischen Standards für Öko-Landwirtschaft nicht verwässert werden;
- die Schutzregelungen zur gentechnikfreien Produktion im geltenden Gentechnikgesetz wie zum Beispiel Standortregister oder Haftungsregelung bestehen zu lassen und zu verhindern, dass die gesetzliche Pflicht zur Koexistenz nicht durch Privatabsprachen unterlaufen werden kann;
- die Besteuerung von reinen Biokraftstoffen bis Ende 2009 aufzuheben und danach reine Biokraftstoffe nur in einer Höhe zu besteuern, die ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Kraftstoffen fossiler Herkunft langfristig gewährleistet;
- den Berichtszyklus für den Agrarbericht so wie bisher jährlich zu belassen.

Berlin, den 12. Juni 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

